

Ausbildung für die Zukunft: Faire Ausbildungschancen und moderne berufliche Schulen



LDK in Donaueschingen am 24./25.09.2022

Gremium: 41. Landesdelegiertenkonferenz in Donaueschingen
Beschlussdatum: 25.09.2022
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Wir erleben eine Zeitenwende, auf die es auch in unserer Bildungs- und
2 Arbeitsmarktpolitik mit zusätzlichen Maßnahmen zu reagieren gilt. Der wachsende
3 Fachkräftemangel sowie die zurückgehenden Ausbildungszahlen sind
4 besorgniserregende Entwicklungen, die sich über die letzten Jahre um ein
5 Vielfaches verschärft haben. Dem möchten wir unter anderem durch die Stärkung
6 eines flächendeckenden Ausbildungssystems im Land und durch gut ausgestattete,
7 moderne berufliche Schulen entgegenwirken.

8 Die duale Ausbildung als dauerhaftes Erfolgsmodell im Land verankern

9 Seit Jahren sinkt der Anteil der Ausbildungsbetriebe. Nur noch knapp 20% der
10 Betriebe in Baden-Württemberg bilden aus. Gleichzeitig sinkt auch die Zahl der
11 Ausbildungsbewerber*innen, die sich bei der Bundesagentur für Arbeit melden.
12 Aufgrund dieser Entwicklungen sieht inzwischen jedes dritte Unternehmen in BW im
13 Fachkräftemangel ein akutes Geschäftsrisiko. Wir möchten unser weltweit
14 einzigartiges und hoch angesehenes Ausbildungssystem stärken. So tragen wir zu
15 einer positiven Entwicklung bei der Zahl der Fachkräfte bei und sorgen für
16 zukunfts feste Planungen für Betriebe und Ausbildungsinteressierte sowie
17 Auszubildende zugleich.

18 Auch aus dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Zusammenhalts brauchen wir
19 dringend gut ausgebildete Fachkräfte in großer Zahl, um den großen
20 Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden. Wir brauchen gut ausgebildete
21 Handwerker*innen, um die Klimakrise über die Umsetzung der Photovoltaik Pflicht
22 oder auch die Gebäudesanierung in den Griff zu bekommen. Wir brauchen gut
23 ausgebildete Pflegekräfte, die Zeit und Kraft haben, sich um hilfsbedürftige
24 Menschen zu kümmern. Wir brauchen gut ausgebildete Erzieher*innen, um jedem Kind
25 faire Startchancen in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

26 Wir setzen uns für ein landesweites Übergangsmanagement von der Schule in die
27 Arbeitswelt ein, welches berufliche Orientierung als Teil des Curriculums in
28 allen Schularten verankert und Sorge dafür trägt, dass alle Lehrkräfte mit
29 möglichst allen Ausbildungsberufen vertraut gemacht werden. Denn nur so können
30 sie ihre Schüler*innen dabei unterstützen, ihre Stärken in berufliche
31 Kompetenzen umzusetzen. Dazu gilt es auch, die Weiterbildung zur Ausbilderin
32 beziehungsweise zum Ausbilder zu stärken. Dadurch können wieder mehr Lehren
33 angeboten werden. Auch den Schüler*innen sollten mehr praktische Erfahrungen in
34 den Betrieben ermöglicht werden. Die Zusammenarbeit zwischen allen Schularten,
35 Betrieben, Kammern und der Agentur für Arbeit stärken wir weiter und gehen dabei

36 über einzelne Maßnahmen für Schüler*innen hinaus, hin zu einem kohärenten
37 Gesamtpaket für Schüler*innen, Eltern und Schulen.

38 Zum Oktober 2021 blieben über 10.000 Ausbildungsplätze in BW unbesetzt, obwohl
39 mehr als 11.000 Bewerber*innen unversorgt blieben. Das zeigt: Es gibt ein
40 Passungsproblem auf dem aktuellen Ausbildungsmarkt, das sich zwar durch die
41 Coronapandemie verschärft hat, aber schon mehrere Jahre zuvor erkennbar war.
42 Tausende von jungen Menschen befinden sich also entweder im Übergangssystem
43 zwischen Schule und Beruf, ohne in einen Berufsabschluss zu münden, oder sind
44 sogar nicht mehr aufzufinden. Mehr als 15% der 25-35-Jährigen haben keinen
45 Berufsabschluss.

46 Wir haben im grün-schwarzen Koalitionsvertrag deshalb eine Ausbildungsgarantie
47 vereinbart und möchten diese schnellstmöglich im Land umsetzen. Hierzu gilt: Es
48 ist erst eine Garantie, wenn junge Menschen eine direkte Perspektive auf einen
49 Berufsabschluss haben und nicht noch länger im Übergangssystem festhängen. Wir
50 prüfen, ähnlich wie es Bremen schon geprüft hat, rechtliche Möglichkeiten, um
51 eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie in Baden-Württemberg einzuführen.
52 Dadurch verteilen wir die Ausbildungskosten gerecht auf viele Schultern und
53 geben Betrieben einen Anreiz auszubilden.

54 Für diejenigen, die dennoch keinen einzelnen Ausbildungsbetrieb finden,
55 unterstützen wir den Ausbau von Verbundausbildungen. Die überbetriebliche
56 Ausbildung ist dringend notwendig, damit auch die Menschen, die mehr
57 Unterstützung brauchen, eine Ausbildung absolvieren können. Gezielte
58 überbetriebliche Maßnahmen, die sicher zu einem Berufsabschluss führen, stärken
59 wir deshalb als Ergänzung im Rahmen der Ausbildungsgarantie. Dazu gehört auch
60 die Stärkung der assistierten Ausbildung, die einen erfolgreichen Abschluss der
61 Ausbildung durch bedarfsgerechte und individuelle Unterstützung ermöglicht.

62 Wir bauen die Möglichkeiten der Teilzeitausbildung in BW aus, indem wir das
63 Netzwerk Teilzeitausbildung auf weitere Bereiche, die über die sozialen Berufe
64 hinausreichen, erweitern und mit entsprechenden Mitteln ausstatten. Ziel ist
65 nicht, Menschen in die Teilzeitfalle zu führen. Sondern Ziel muss sein,
66 Teilzeitangebote für diejenigen zu schaffen, denen aufgrund familiärer oder
67 anderer Verpflichtungen keine Vollzeitausbildung möglich ist.

68 Es gilt den eingewanderten oder geflohenen Menschen, die sich selbst für eine
69 Berufsausbildung als Perspektive und Integration entscheiden, durch
70 Aufenthaltssicherung und Chancen ein sicheres Bleiberecht zu garantieren. Die
71 Verbindung einer Ausbildung oder ausbildungsvorbereitenden Maßnahme mit dem
72 Erlernen der deutschen Sprache soll hierzu auch gestärkt werden, beispielsweise
73 über vermehrte Sprachangebote durch die Bundesagentur für Arbeit. Dies stärkt
74 auch die Betriebe, da sie dadurch verlässlich Personal einplanen können.

75 Als Ergänzung zu den kürzlich erhöhten BAföG-Mitteln setzen wir uns auf
76 Bundesebene auch für eine inflationsgerechte Erhöhung der
77 Mindestausbildungsvergütung ein, die über die 2020 vereinbarte jährliche
78 Erhöhung hinausgeht. Es gilt, die Ausbildung allen zu ermöglichen.

79 **Berufliche Schulen fit für die Zukunft machen**

80 Wir führen regelmäßige Ist-Stand-Abfragen und Evaluierungen in den beruflichen
81 Schulen ein, mit dem Ziel, die Modernisierung der Ausstattung für alle
82 beruflichen Schulbereiche, in denen die Ausstattung sich stets weiterentwickelt,
83 voranzutreiben. Beispielsweise im Handwerk und in der Elektronik sind eine
84 moderne Werkstättenausstattung zentral für das Lehren und Lernen aktueller
85 Berufsanforderungen. Um die berufliche Ausbildung allen zu ermöglichen, setzen
86 wir uns für den Ausbau von Übernachtungsmöglichkeiten bei überregionalen
87 Berufsschulen sowie der ÖPNV-Anbindungen ein.

88 Als Teil der Sanierungsarbeiten an Schulgebäuden nehmen wir auch die
89 Barrierefreiheit beruflicher Schulen verstärkt in den Blick.

90 Um als Lehrkraft auf die sich wandelnde Arbeitswelt reagieren zu können, sind
91 regelmäßige Fortbildungen und der starke Austausch mit Betrieben und
92 Gewerkschaften notwendig. Deswegen wollen wir diesen Austausch stärken und nach
93 dem Prinzip "Lebenslanges lernen" regelmäßige Fortbildungen in relevanten,
94 zukunftsgerichteten Bereichen wie z. B. Digitalisierung, Ressourceneffizienz,
95 Stärkung unserer Demokratie einführen. Dabei ist es wichtig, die Anforderungen
96 an Lehrkräfte in beruflichen Schulen regelmäßig neu zu betrachten und eventuelle
97 Anpassungen der Weiterbildungsmöglichkeiten zu identifizieren.

98 Wir streben an, die Faktoren Mensch, Klima, Biodiversität und globale
99 Gerechtigkeit in die Lehr- und Bildungspläne für berufliche Schulen so
100 einzuarbeiten, dass die Auszubildenden nach der Ausbildung wissen, wie
101 nachhaltig und zukunftsfähig gewirtschaftet werden kann. Dabei schaffen
102 Auszubildende zusätzlich den Wissenstransfer in bestehende Unternehmen. Damit
103 Auszubildende für ihre Rechte als Arbeitnehmer*innen eintreten können, wollen
104 wir auch die Auseinandersetzung mit Gewerkschaften als
105 Arbeitnehmer*innenvertretung stärker in die Bildungspläne einfließen lassen.

106 Im Leitfaden Demokratiebildung des Landes Baden-Württemberg heißt es, junge
107 Menschen sollten zur Demokratie "angestiftet" werden. Gerade durch die
108 einzigartige Struktur von beruflichen Schulen sehen wir die große Chance, hier
109 Demokratie zu erleben, anstatt zu lernen. Dafür gilt es, einige Hürden zur
110 Teilhabe noch stärker abzubauen.

111 Durch das Wechseln zwischen Schule und Ausbildungsort wird zum Beispiel eine
112 reguläre Arbeitszeit der gewählten Schülervertreter*innen strukturell erschwert.
113 Hier braucht es zusätzliche Urlaubs- bzw. Schultage, um Austausche und Termine
114 besser wahrnehmen zu können. Des Weiteren untersuchen wir die Möglichkeit sowie
115 Vor- und Nachteile einer Aufwandsentschädigung oder eines kleinen Honorars für
116 Schülervertreter*innen.

117 Um Teilhabemöglichkeiten darüber hinaus allen Schüler*innen zugänglich zu
118 machen, sprechen wir uns für zusätzliche, verpflichtende Tage der politischen
119 Bildung aus. Dort sollten u. a. auch parlamentarische Demokratie, die Rolle von
120 alternativen Wirtschaftsmodellen, wie beispielsweise Genossenschaften, klar
121 erlebt werden können.

122 In den letzten Jahren haben wir Inklusionsmaßnahmen an den Schulen ausgebaut.
123 Die regionalen Arbeitsstellen Kooperation (ASKO), die an allen staatlichen

124 Schulämtern mit jeweils einer Vertretung für die beruflichen Schulen besetzt
125 sind, bilden hierfür die interne Beratungsgrundlage.

126 Viele Ressourcen sind allerdings zu oft nicht bekannt. Wir unterstützen das
127 Anliegen, eine zentrale Anlaufstelle, beispielsweise als barrierefreie Website,
128 mit allen relevanten Informationen rund um Inklusion an beruflichen Schulen
129 aufzustellen. Damit machen wir beispielsweise Autismusbeauftragte als Ressource
130 bekannter und zugänglicher. Im Rahmen der Stärkung des sonderpädagogischen
131 Dienstes an baden-württembergischen Schulen erkennen wir den Bedarf an, diesen
132 auch an beruflichen Schulen auszuweiten.

133 Für bessere Inklusion braucht es an allen beruflichen Schulen Strukturen gegen
134 Ableismus, Sexismus, Antisemitismus, Rassismus sowie weitere Formen von
135 Diskriminierung, die sich sowohl an betroffene Schüler*innen als auch an
136 Lehrkräfte wenden.